

Frieren für die Freiheit?

Eine Dokumentation des Beitrags
von Dr. Thomas Petersen
in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
Nr. 87 vom 13. April 2022

INHALT

Tabellenübersicht

Originalmanuskript

Untersuchungsdaten

Anhangtabellen

Schaubilder

Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen
Zeitung Nr. 87 vom 13. April 2022, S. 8,
unter dem Titel:

"Kein Frieren für die Freiheit. Preissteigerungen bereiten
den Deutschen die größten Sorgen. Der Krieg schlägt
sich im Geldbeutel nieder."

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Viele machen sich Sorgen um die Inflation und die Sicherheit der Energieversorgung
	A	2	Belastung durch Benzinpreise wurde in früheren Hochpreisphasen sogar als noch stärker empfunden
	A	3	Energiepolitische Agenda
	A	4	Bis 2050 Stromversorgung komplett aus erneuerbaren Energien?
	A	5	Energieembargo gegen Rußland stößt mehrheitlich auf Skepsis
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Versorgungsengpässe für Energie?
		2	Belastung durch Heizkosten
		3	Belastung durch Benzinpreise
		4	Reaktionen auf gestiegene Preise
		5	Laufzeiten der Kernkraftwerke verlängern?
		6	Für die Freiheit frieren?

Originalmanuskript

Dr. Thomas Petersen

Institut für Demoskopie Allensbach

Frieren für die Freiheit?

Der Krieg in der Ukraine, die in seiner Folge gestiegenen Preise besonders für Heizöl, Gas und Benzin und die Diskussion um die Frage, ob Deutschland und Europa es sich leisten können, auf russisches Erdgas und Öl zu verzichten, haben das Thema Energieversorgung ins Bewusstsein der Bevölkerung gehoben wie seit Jahrzehnten nicht. Im März dieses Jahres antworteten in einer Repräsentativumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach auf die Frage, was ihnen derzeit große Sorgen mache, 71 Prozent, die Preissteigerungen machten ihnen große Sorgen, 62 Prozent äußerten die Besorgnis, dass die Energieversorgung nicht gesichert sein könnte. In derselben Umfrage sagten 86 Prozent, sie fürchteten, dass es in den nächsten Jahren Schwierigkeiten bei der Energieversorgung geben werde. 2019 hatte der Wert noch bei 26 Prozent gelegen.

Tabelle A 1

Schaubild 1

Die Sorgen der Bevölkerung wegen der stark gestiegenen Energiepreise sind nicht, wie es bei vielen anderen Meinungen zu politischen Fragen der Fall ist, allein oder weitaus überwiegend eine Reaktion auf die Medienberichterstattung, sondern auch die

Folge täglicher eigener Erfahrung. Viele Deutsche spüren die Inflation ganz konkret im Alltag und reagieren darauf auch mit Verhaltensänderungen. Dies zeigen die Ergebnisse der aktuellen Allensbacher Umfrage im Auftrag dieser Zeitung.

So antworteten auf die Frage „Soweit Sie das schon absehen können: Wie stark belasten Sie die gestiegenen Preise fürs Heizen bzw. wie stark werden Sie diese gestiegenen Preise voraussichtlich belasten?“ 68 Prozent, dass sie die Preise sehr stark oder stark belasten würden. Dabei macht es keinen großen Unterschied, ob jemand eine Gas-, Öl- oder andere Heizung im Haushalt hat. Auch die Nutzer von Fernwärme meinten zu 68 Prozent, die Heizkosten würden sie sehr stark oder stark belasten, diejenigen, die mit Holz oder Holzpellets heizen, zu 62 Prozent. Die Preissteigerungen treffen also keineswegs nur die Verbraucher von Heizöl oder Gas.

Schaubild 2

Ähnlich stark wird die Belastung durch die gestiegenen Benzinpreise empfunden. 51 Prozent aller Befragten (61 Prozent der Autofahrer) gaben an, dass sie die hohen Preise für Benzin und Diesel sehr stark oder stark belasteten. Dies ist allerdings angesichts des derzeitigen Preisniveaus kein besonders hoher Wert. Im September letzten Jahres, als der Benzinpreis rund 50, der für Diesel etwa 60 Cent unter dem aktuellen Niveau lag, hatten bereits 47 Prozent und damit nur unwesentlich weniger Befragte als in der aktuellen Umfrage geklagt, dass sie die Kraftstoffpreise sehr stark

Schaubild 3

Tabelle A 2

oder stark belasteten. In früheren Phasen hoher Benzinpreise, etwa 2008 und 2010 bis 2012, waren die Anteile derjenigen, die diese Antworten gaben, mit zeitweise deutlich über 60 Prozent sogar noch höher als heute. Dennoch bedeutet auch die aktuelle Hochpreisphase offensichtlich eine erhebliche Belastung, die für die Autofahrer kaum geringer ist als die finanzielle Last durch die Heizkosten. Vielfahrer, die 20.000 km und mehr im Jahr Auto fahren, sagten sogar zu 45 Prozent, dass sie durch die Benzinpreise sehr stark belastet seien, weitere 33 Prozent sprachen von einer starken Belastung.

Schaubild 3

Der Inflationsdruck sorgt dafür, dass die Menschen ihr Verhalten im Alltag an die neue Situation anpassen. 54 Prozent der Befragten achteten wegen der in der letzten Zeit gestiegenen Preise beim Einkaufen mehr als früher auf den Preis. 47 Prozent gaben an, sich beim Heizen zurückzuhalten und zuhause die Temperatur niedriger einzustellen, als sie es früher getan hätten. 45 Prozent versuchten allgemein, sparsamer zu leben, immerhin 37 Prozent fahren nach eigenen Angaben weniger Auto. Dass sie trotz der Inflation ihr Konsumverhalten gar nicht geändert hätten, sagten lediglich 17 Prozent der Befragten.

Schaubild 4

In dieser Situation verändert sich der Blick der Bevölkerung auf das Thema Energieversorgung insgesamt. Bei einer Frage präsentierten die Interviewer verschiedene energiepolitische Ziele. Die Befragten wurden gebeten anzugeben, welche dieser Ziele sie für

besonders wichtig hielten. Seit dem September 2021, als diese Frage zuletzt gestellt wurde, ist der Anteil derjenigen, die sagen, es sei besonders wichtig, dass die Energieversorgung möglichst unabhängig vom Ausland ist, von 51 auf 68 Prozent gestiegen. Das Ziel, die Energiepreise niedrig zu halten, so dass Strom, Benzin und Heizung möglichst wenig kosten, hielten im Spätsommer letzten Jahres 54 Prozent für besonders wichtig, nun sind es 64 Prozent. Die Zustimmung zur Forderung, die erneuerbaren Energien möglichst zügig auszubauen, ist in der gleichen Zeit von 65 auf 77 Prozent gestiegen. Dagegen nahm die Zahl derjenigen, die forderten, dass Deutschland möglichst schnell auf Kohle als Energiequelle verzichtet, von 34 auf 23 Prozent ab. Und der Idee, dass die Preise für diejenigen Energiearten höher sein sollten, die die Umwelt stärker belasten, stimmten in der aktuellen Umfrage noch 21 Prozent der Befragten zu. 2021 waren es 26 Prozent, 2014, als die Frage zum ersten Mal gestellt worden war, 39 Prozent.

Tabelle A 3

Die aktuelle Diskussion um die Folgen eines möglichen Öl- und Gasembargos gegenüber Russland dürfte wesentlich dazu beigetragen haben, dass die Bevölkerung das Thema Energieversorgung illusionsloser betrachtet als noch vor Kurzem. Eine Frage lautete: „Deutschland hat sich ja zum Ziel gesetzt, bis spätestens zum Jahr 2050 seine komplette Stromversorgung aus erneuerbaren Energien zu gewinnen. Glauben Sie, das kann gelingen, oder haben Sie da Zweifel?“ Obwohl, wie beschrieben, mehr als drei Viertel der

Deutschen den zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien befürworten, antworteten auf diese Frage lediglich 26 Prozent, sie glaubten, es werde möglich sein, die Versorgung bis zum Jahr 2050 vollständig auf erneuerbare Energien umzustellen. Eine klare Mehrheit von 54 Prozent äußerte ausdrücklich Zweifel, ob dieses Ziel erreicht werden kann.

Tabelle A 4

Sehr aufschlussreich ist auch, wie rasch sich in der aktuellen Situation die Einstellung der Bürger gegenüber der Atomenergie ändert. Schon in den vergangenen Jahrzehnten war die Gegnerschaft der Bevölkerung gegenüber der Kernenergie keineswegs so einhellig, wie man es angesichts Tonfalls in der öffentlichen Diskussion hätte vermuten können. Doch seit dem Ausstiegsbeschluss im Jahr 2011 schien das Thema auch für die meisten erledigt zu sein. Noch im Februar dieses Jahres, unmittelbar vor dem Kriegsausbruch in der Ukraine, antwortete auf die Frage „Sollte man die Laufzeiten der Kernkraftwerke in Deutschland über 2022 hinaus verlängern, oder sollte man die letzten Kernkraftwerke dieses Jahr planmäßig abschalten?“ eine relative Mehrheit von 42 Prozent der Befragten, man sollte die Kraftwerke wie geplant abschalten. 35 Prozent sprachen sich für einen Weiterbetrieb aus. Nur einen Monat später, im März 2022, war der Anteil derjenigen, die sagten, man sollte die Kernkraftwerke über das Jahresende hinaus am Netz lassen, auf 57 Prozent gestiegen. Lediglich 25 Prozent befürworteten nun noch die pünktliche Abschaltung. Es ist offensichtlich für eine Mehrheit der Deutschen nicht

Schaubild 5

verständlich, warum man in der derzeitigen Krisensituation auf Kraftwerke, die unabhängig von russischem Öl und Gas funktionieren, dennoch verzichten soll.

Ihrem überwiegend nüchtern-pragmatischen Blick auf die Probleme der Energieversorgung entsprechend, betrachtet die Mehrheit auch die Forderung nach einem vollständigen Energieembargo gegenüber Russland skeptisch. In einer Frage wurden zwei Argumente gegeneinandergestellt. Das erste lautete: „Ich finde, Deutschland sollte den Kauf von Öl und Gas aus Russland sofort stoppen. Es kann nicht sein, dass Deutschland diese Rohstoffe aus Russland weiterhin bezieht und damit den russischen Staat und indirekt auch den Krieg gegen die Ukraine mitfinanziert.“ In der Gegenposition hieß es: „Natürlich ist es problematisch, dass Deutschland weiter Öl und Gas aus Russland bezieht. Allerdings können wir die Energieversorgung aus Russland kurzfristig nicht ersetzen, ohne dass es bei uns zu Engpässen oder zu weiteren Preissteigerungen kommt. Im Moment müssen wir also weiter Öl und Gas aus Russland kaufen.“ Die Befragten wurden gebeten anzugeben, welchem der beiden Argumente sie eher zustimmen. Lediglich 30 Prozent entschieden sich daraufhin für die erste, 57 Prozent dagegen für die zweite Position und dokumentierten damit, dass sie, anders als in der Frage des Weiterbetriebs der verbliebenen Atomkraftwerke, in diesem Punkt mit dem Kurs der Bundesregierung übereinstimmen.

Tabelle A 5

Dieser Befund ist insofern bemerkenswert, als die Empörung der Bevölkerung über den Überfall Russlands auf die Ukraine, sehr groß ist. Bereits vor Kriegsausbruch hatte nur eine kleine Minderheit Verständnis für die russische Position gezeigt. Nach dem Einmarsch im März fühlten sich rund drei Viertel der Befragten durch das russische Verhalten bedroht. Auch die Wirtschaftssanktionen werden von der Bevölkerung grundsätzlich mitgetragen. Doch die Sorge um die Stabilität der Energieversorgung und vermutlich nicht zuletzt die tägliche Erfahrung, dass sich der Krieg in der Ukraine auch bereits jetzt deutlich im eigenen Geldbeutel niederschlägt, hindert die Mehrheit anscheinend daran, bei der Frage, ob man auch weiterhin Öl und Gas aus Russland importieren sollte, eine rigorose Haltung einzunehmen.

Plakativ lässt sich dies illustrieren an den Antworten auf eine Frage, die einen Satz des früheren Bundespräsidenten Joachim Gauck aufgriff. Gauck hatte im März in einer Fernseh-Talkshow die These vertreten, dass es den Bürgern in der gegenwärtigen Krise zugemutet werden könne, ein wenig auf eigenen Wohlstand zu verzichten, wenn dies dem Ziel dient, die russische Aggression einzudämmen, und dies in dem Satz „Wir können auch mal frieren für die Freiheit“ zusammengefasst. Doch die Bevölkerung folgt dem früheren Bundespräsidenten in diesem Punkt nicht. Lediglich 24 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu, 59 Prozent widersprachen. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung ist zwar bereit, die Heizung etwas herunterzudrehen, um

Schaubild 6

Kosten zu sparen. Doch für die Freiheit zu
frieren, geht den meisten dann doch zu weit.

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1075
Befragungszeitraum:	25.3. bis 06.04.2022
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

Viele machen sich Sorgen um die Inflation
und die Sicherheit der Energieversorgung

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es soll einmal untersucht werden, was den Menschen heute große Sorgen bereitet, was sie bedrückt. Könnten Sie diese Liste bitte einmal durchsehen und mir alle Punkte nennen, von denen Sie sagen würden: Ja, das macht mir große Sorgen?"

Bevölkerung
insgesamt

Auszug aus den Vorgaben

%

Die Preissteigerungen, die Inflation.....	71
Dass die Energieversorgung nicht gesichert sein könnte.....	62

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12051, März 2022

Belastung durch Benzinpreise wurde in früheren Hochpreisphasen sogar als noch stärker empfunden

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: 2022 "Wie stark belasten Sie die hohen Kraftstoffpreise, also die Preise für Benzin und Diesel? Würden Sie sagen ..."

FRAGE: 2008, 2010, 2021 "Die Kraftstoffpreise, also die Preise für Benzin und Diesel, sind ja in den letzten Wochen gestiegen. Wie stark belasten Sie die hohen Kraftstoffpreise? Würden Sie sagen ..."

	Bevölkerung insgesamt			
	Juli 2008	April 2010	Sept. 2021	April 2022
	%	%	%	%
„sehr stark“	46	29	16	19
„stark“	28	26	31	32
„weniger stark“	14	24	30	27
„kaum, gar nicht“	11	18	21	19
Unentschieden, keine Angabe.....	$\frac{1}{100}$	$\frac{3}{100}$	$\frac{2}{100}$	$\frac{3}{100}$

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12052

FRAGE: "Worauf sollte Ihrer Meinung nach bei der Energiepolitik besonders geachtet werden? Was halten Sie da für besonders wichtig, was für auch noch wichtig und was für weniger wichtig? Bitte verteilen Sie die Karten entsprechend auf das Blatt."

Besonders wichtig	Bevölkerung insgesamt		
	2014 %	2021 %	2022 %
Dass die Energieversorgung jederzeit gesichert ist.....	-	88	91
Dass Strom, Öl, Gas und Benzin für alle bezahlbar bleiben, nicht nur für Wohlhabende.....	-	80	88
Dass der Ausbau erneuerbarer Energien aus Sonne, Wind und Wasser zügig vorangetrieben wird.....	68	65	77
Dass wir bei der Energieversorgung möglichst unabhängig vom Ausland sind	56	51	68
Dass verschiedene Energiequellen genutzt werden, damit man nicht nur von einer einzigen Energiequelle abhängig ist.....	67	60	68
Dass die Energiepreise niedrig sind, d.h. dass Strom, Benzin und Heizung möglichst wenig kosten.....	57	54	64
Dass vor allem Energiequellen genutzt werden, die das Klima schonen	68	65	57
Dass die Energie verstärkt direkt vor Ort bzw. in der Region erzeugt wird.....	45	51	55
Dass die Leute zum Energiesparen angehalten werden	57	53	49
Dass wir kein Öl oder Gas aus Russland beziehen.....	-	-	46
Dass neue Technologien im Energiebereich stärker gefördert werden, z.B. alternative Antriebe in Autos.....	44	29	44
Dass verstärkt Stromtrassen gebaut werden, damit die Windenergie, die in Norddeutschland erzeugt wird, auch nach Süddeutschland transportiert werden kann	-	33	44
Energiepolitik europäisch angehen, nicht national	-	-	34
Dass es bei Neubauten eine Pflicht gibt, Solaranlagen auf dem Dach zu installieren.....	-	25	31
Dass Hausbesitzer dazu angehalten werden, ihre Häuser zu sanieren, damit sie weniger Energie verbrauchen.....	28	22	26
Dass Deutschland möglichst schnell auf Kohle als Energiequelle verzichtet.....	-	34	23
Dass wir in Deutschland weiterhin die Kernenergie nutzen	-	17	22
Dass die Preise für diejenigen Energiearten höher sind, die die Umwelt stärker belasten	39	26	21

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11023, 12043, 12052

Bis 2050 Stromversorgung komplett aus erneuerbaren Energien?

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, bis spätestens zum Jahr 2050 seine komplette Stromversorgung aus erneuerbaren Energien zu gewinnen. Glauben Sie, das kann gelingen, oder haben Sie da Zweifel?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Kann gelingen	26
Habe Zweifel	54
Unentschieden, schwer zu sagen.....	$\frac{20}{100}$

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12052, April 2022

Energieembargo gegen Rußland stößt
mehrheitlich auf Skepsis

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier unterhalten sich zwei darüber, ob Deutschland darauf verzichten sollte, Öl und Gas aus Russland zu kaufen. Welche(r) von beiden sagt das, was auch Sie denken? (Bildblattvorlage)

Bevölkerung
insgesamt

%

„Ich finde, Deutschland sollte den Kauf von Öl und Gas aus Russland sofort stoppen. Es kann nicht sein, dass Deutschland diese Rohstoffe weiterhin aus Russland bezieht und damit den russischen Staat und indirekt auch den Krieg gegen die Ukraine mitfinanziert.“ 30

„Das sehe ich anders. Natürlich ist es problematisch, dass Deutschland weiter Öl und Gas aus Russland bezieht. Allerdings können wir die Energieversorgung aus Russland kurzfristig nicht ersetzen, ohne dass es bei uns zu Engpässen oder zu weiteren Preissteigerungen kommt. Im Moment müssen wir also weiter Öl und Gas aus Russland kaufen.“ 57

Unentschieden 13
100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12052, April 2022

Zweitstimmen	Gesamtdeutschland						
	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
2017: Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	4,0
Bundestagswahl							
24.9.2017	32,9	10,7	20,5	8,9	9,2	12,6	5,2
2018: Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	4,0
2019: Jahresdurchschnitt	30,0	7,5	16,0	20,5	8,0	13,0	5,0
2020: Jahresdurchschnitt	35,5	6,5	16,0	20,0	7,5	10,0	4,5
2021: 10.-20. Januar	37,0	6,5	16,0	20,0	7,5	9,0	4,0
4. - 17. Februar	37,0	7,0	15,0	20,0	7,0	9,5	4,5
8. - 21. März	28,5	8,5	18,0	21,5	8,5	10,0	5,0
6. - 15. April	28,0	10,0	16,5	23,0	7,5	9,5	5,5
23. April - 6.Mai	26,0	10,0	17,0	26,0	7,0	9,0	5,0
1. - 13. Mai	27,5	10,0	16,0	24,0	6,5	10,0	6,0
28. Mai - 9. Juni	29,5	11,0	17,0	21,5	7,0	9,0	5,0
3. - 14. Juli	31,5	12,0	16,5	18,0	6,5	9,5	6,0
3. - 22. Juli	30,0	12,0	16,0	19,5	7,0	9,5	6,0
5. - 17. August	27,5	11,0	19,5	17,5	7,5	11,0	6,0
18. - 26. August	26,0	10,5	24,0	17,0	6,0	10,5	6,0
1. - 7. Sept.	25,0	9,5	27,0	15,5	6,0	11,0	6,0
16. - 23. Sept.	25,0	10,5	26,0	16,0	5,0	10,0	7,5
Bundestagswahl							
26.9.2021	24,1	11,5	25,7	14,8	4,9	10,3	8,7
1. - 14. Oktober	21,0	14,0	28,0	15,0	5,0	9,5	7,5
29.Okt.-11.Nov.	23,0	14,0	27,0	15,0	5,5	9,5	6,0
1. - 15. Dezember	24,0	13,0	26,0	15,0	5,0	10,5	6,5
2022: 6. - 20. Januar	23,0	12,5	27,5	14,5	5,5	10,0	7,0
3. - 16. Februar	27,0	10,5	25,0	15,0	6,0	10,0	6,5
9. - 21. März	25,0	10,5	25,0	17,0	5,0	10,0	7,5
25. März - 6. April	24,0	9,0	28,0	17,0	6,0	9,0	7,0

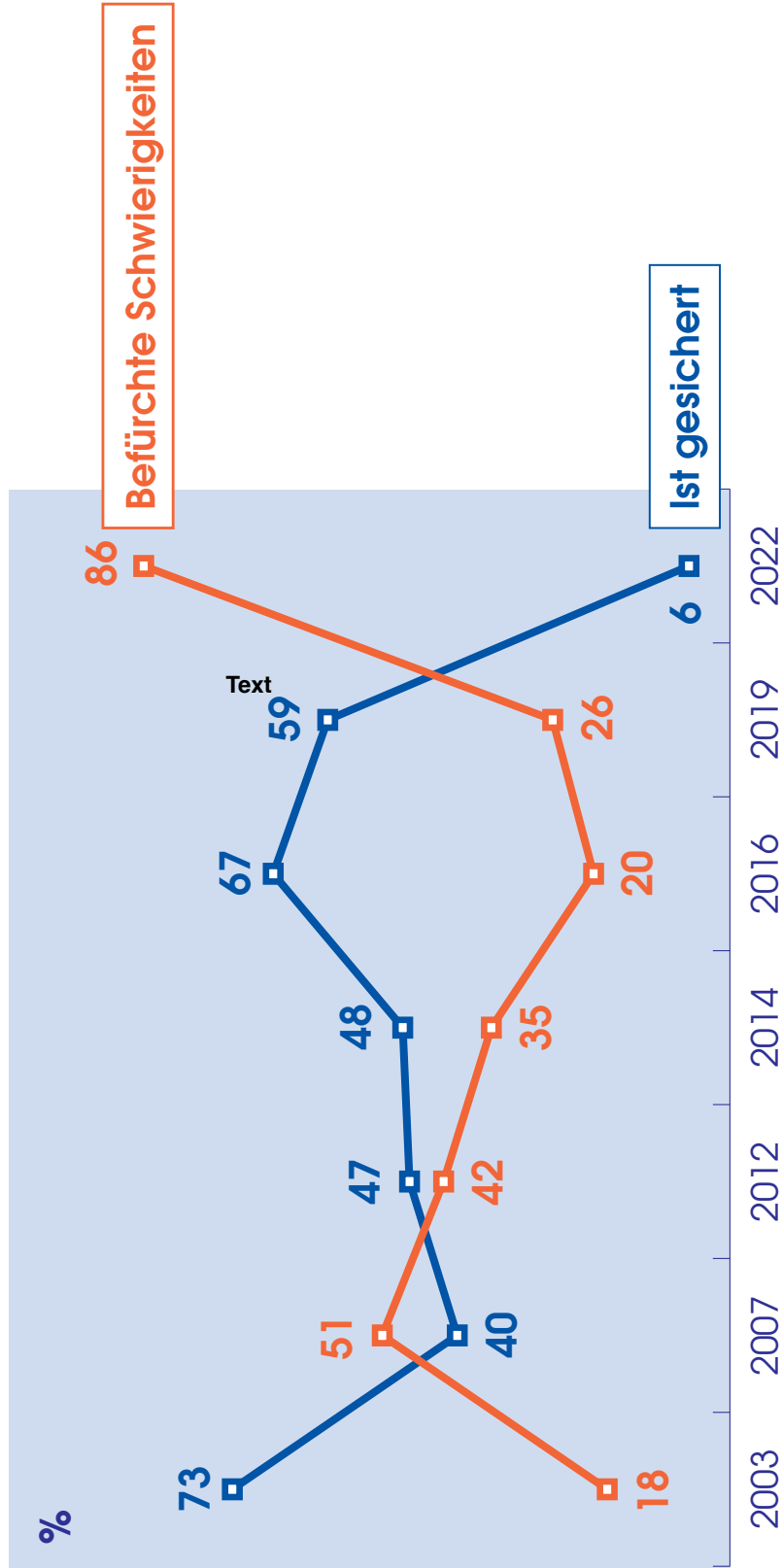
Befragt wurden persönlich-mündlich insgesamt 1.075 Personen.

Bei dieser Stichprobengröße beträgt die Fehlerspanne bei einem Anteilswert von 30 Prozent rund +/- 3 Prozentpunkte und bei einem Anteilswert von 10 Prozent rund +/- 2 Prozentpunkte.

Schaubilder

Versorgungslücken für Energie?

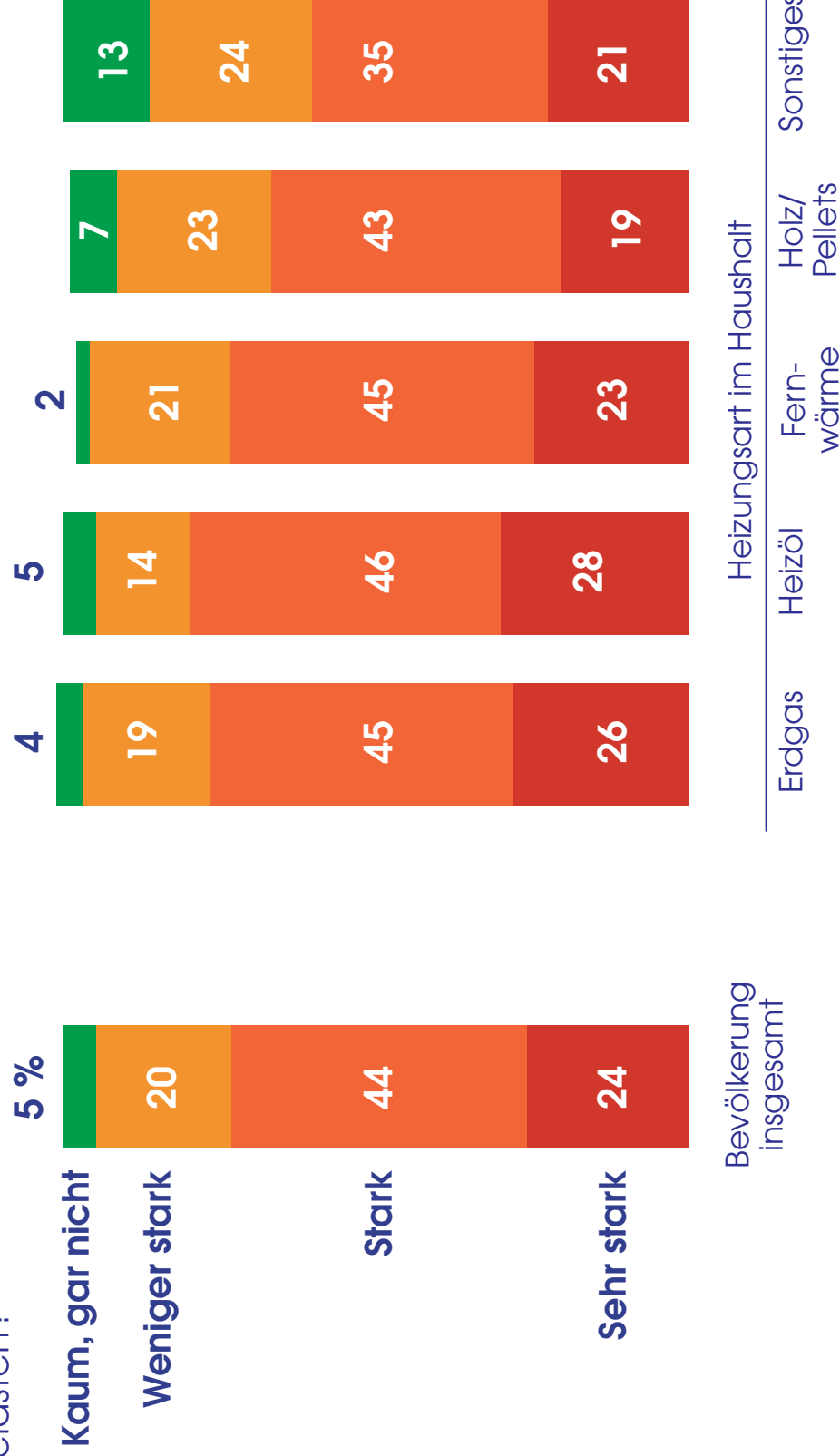
Frage: "Glauben Sie, dass unsere Versorgung mit Energie, also mit Strom, Gas, Heizöl und Benzin für die nächsten Jahre gesichert ist, oder fürchten Sie, dass es Schwierigkeiten bei der Energieversorgung geben wird?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12051

Belastung durch Heizkosten

Frage: "Soweit Sie das schon absehen können: Wie stark belasten Sie die gestiegenen Preise fürs Heizen bzw. wie stark werden Sie diese gestiegenen Preise voraussichtlich belasten?"

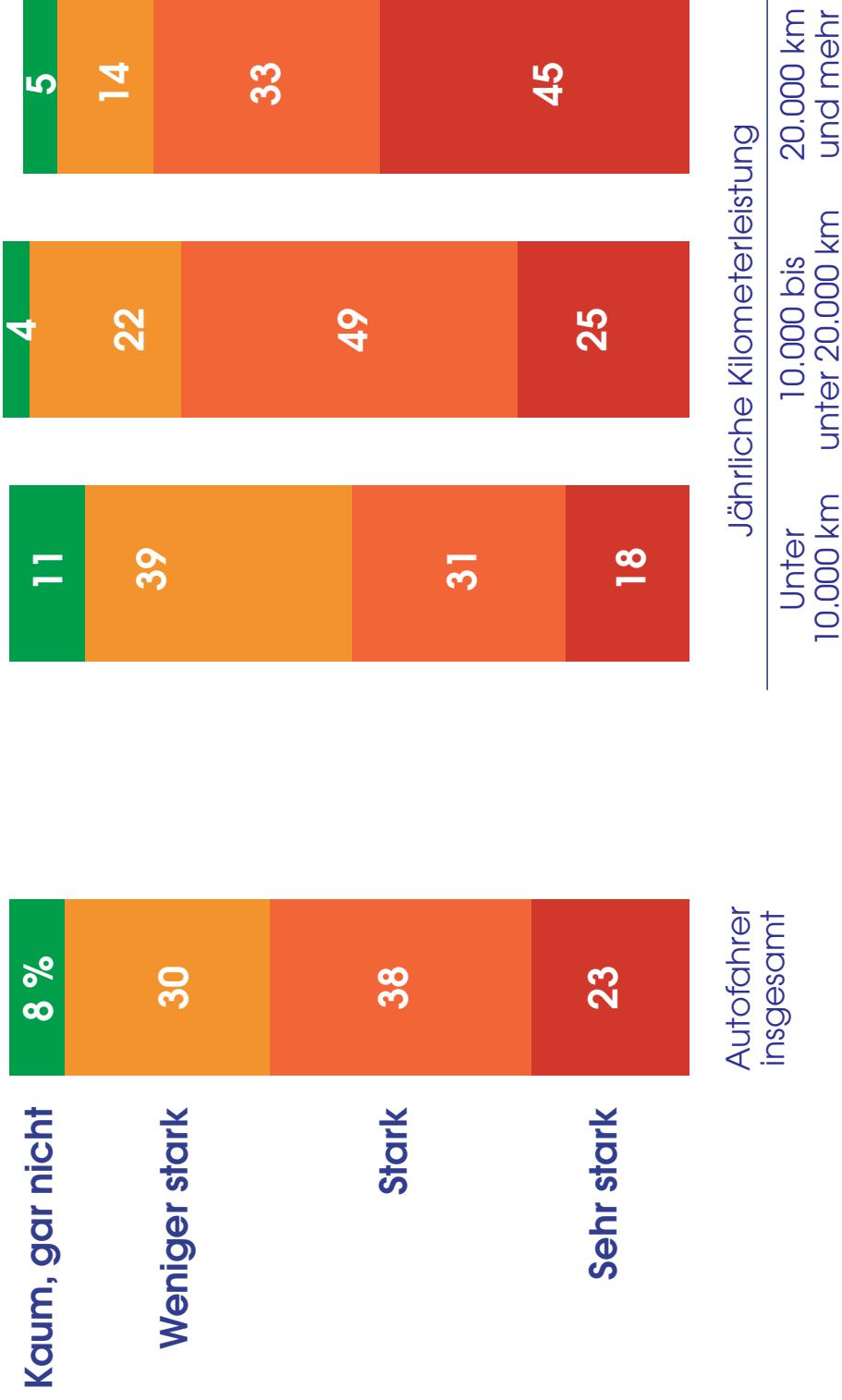


An 100 fehlende Prozent: unentschieden, keine Angabe

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12052

Belastung durch Benzinpreise

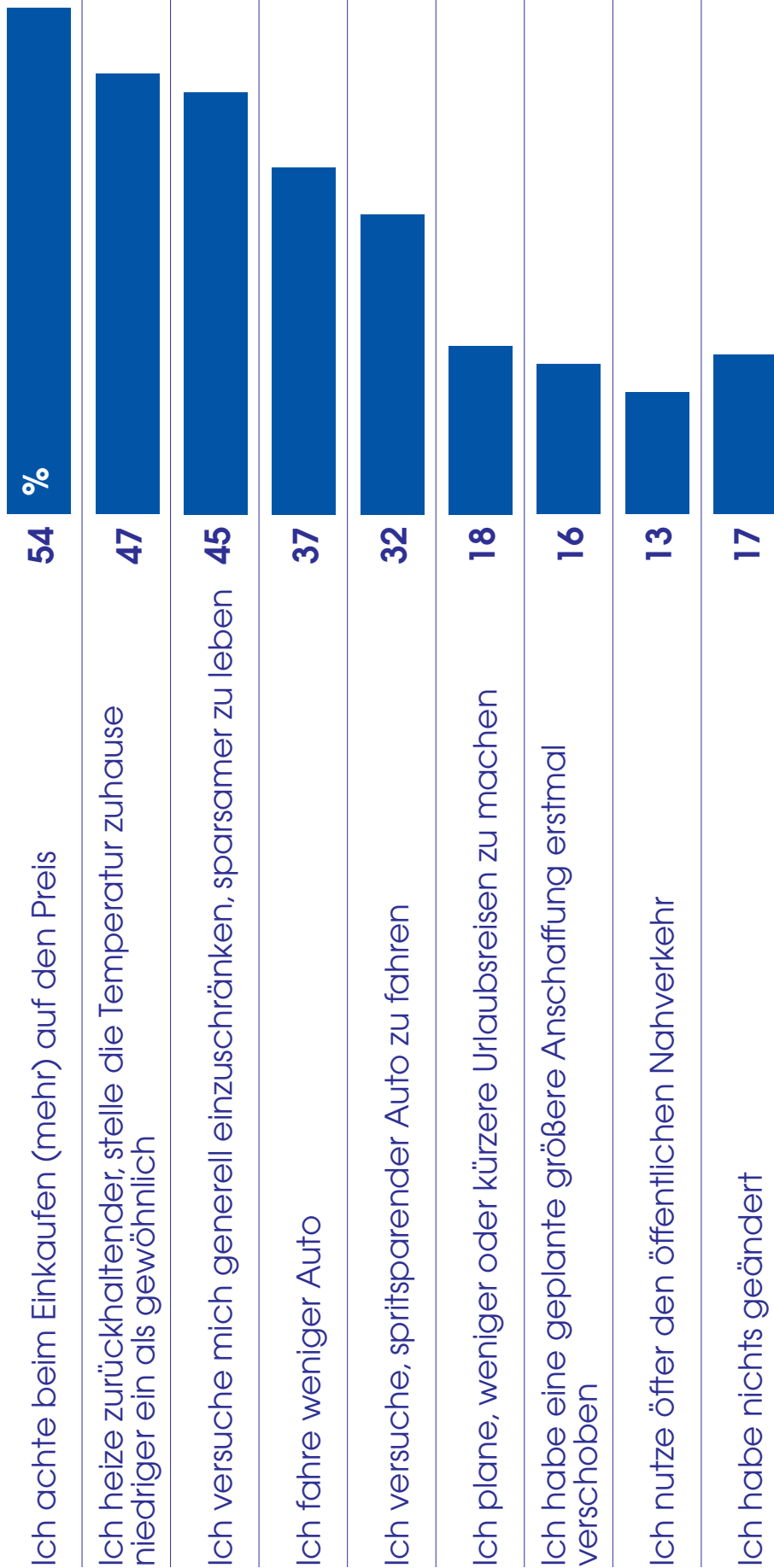
Frage: "Wie stark belasten Sie die hohen Kraftstoffpreise, also die Preise für Benzin und Diesel?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Autofahrer
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12052

Reaktionen auf gestiegene Preise

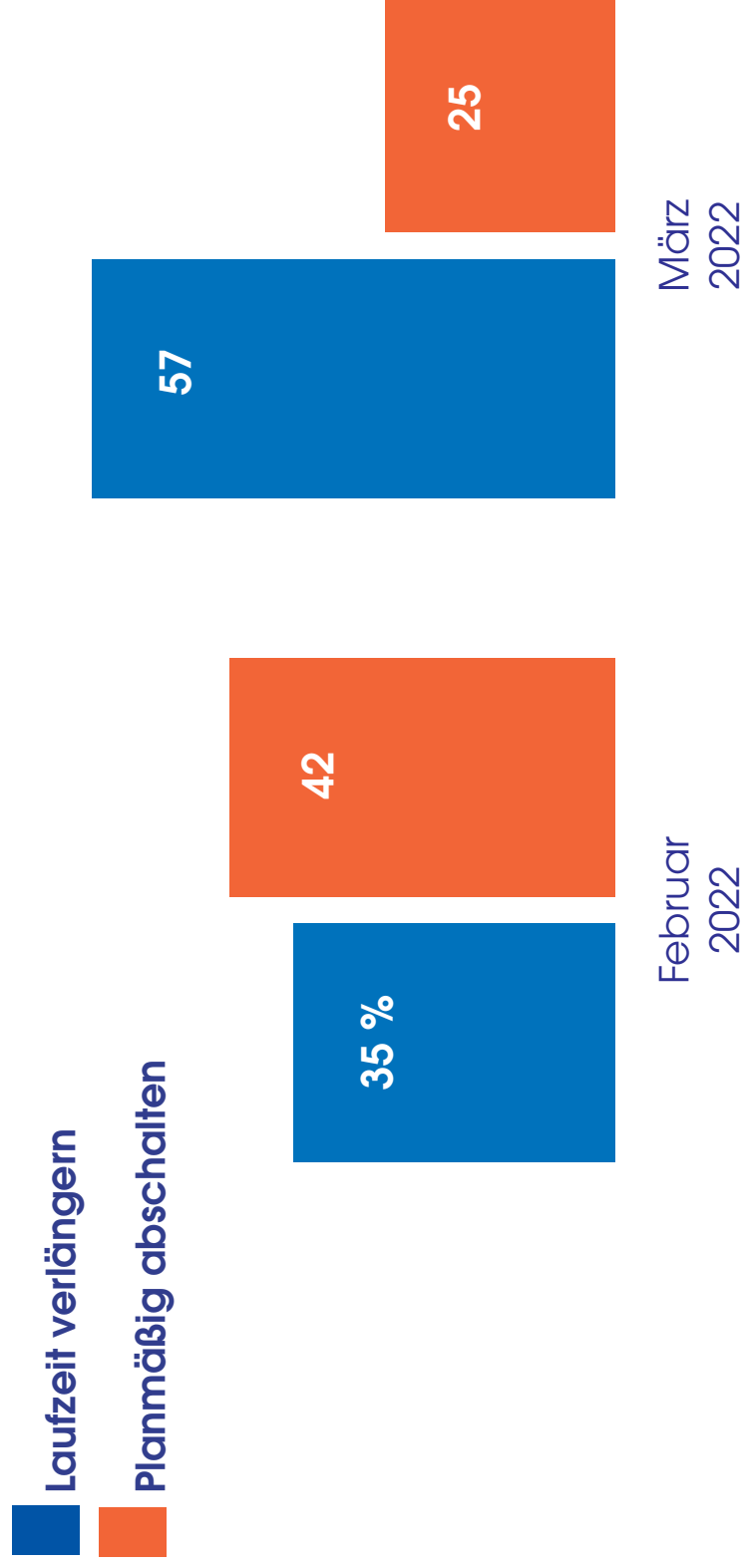
Frage: "In den letzten Wochen sind die Preise in Deutschland stark gestiegen. Haben Sie wegen der gestiegenen Preise etwas in Ihrem Alltag geändert? Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste."



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12052

Laufzeit der Kernkraftwerke verlängern?

Frage: "Ende des Jahres werden die letzten Kernkraftwerke in Deutschland abgeschaltet. Nun hört man manchmal die Forderung, die Laufzeiten der Kernkraftwerke über 2022 hinaus zu verlängern. Was meinen Sie: Sollte man die Laufzeiten der Kernkraftwerke in Deutschland über 2022 hinaus verlängern, oder sollte man die letzten Kernkraftwerke dieses Jahr planmäßig abschalten?"

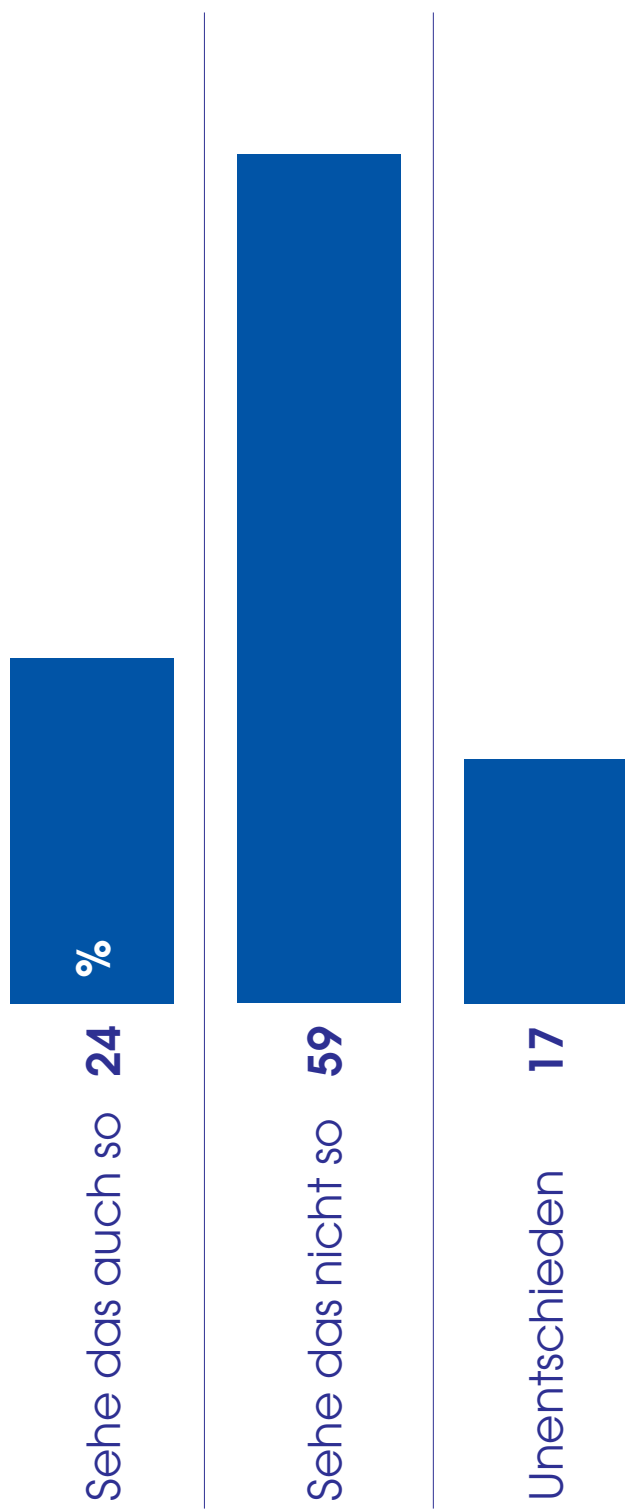


An 100 fehlende Prozent: unentschieden

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12049, 12051

Für die Freiheit frieren?

Frage: "Im Zusammenhang mit der Forderung, dass Deutschland kein Öl und Gas mehr aus Russland beziehen soll, sagte neulich jemand: 'Wir können auch mal frieren für die Freiheit.' Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12052

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 87
vom 13. April 2022, S. 8, unter dem Titel:

"Kein Frieren für die Freiheit. Preissteigerungen
bereiten den Deutschen die größten Sorgen. Der
Krieg schlägt sich im Geldbeutel nieder."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Kein Frieren für die Freiheit

Der Krieg in der Ukraine, die in seiner Folge gestiegenen Preise, besonders für Heizöl, Gas und Benzin, sowie die Diskussion um die Frage, ob Deutschland und Europa es sich leisten können, auf russisches Erdgas und Öl zu verzichten, haben das Thema Energieversorgung wie seit Jahrzehnten nicht ins Bewusstsein der Bevölkerung gehoben. Im März dieses Jahres antworteten in einer Repräsentativumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach auf die Frage, was ihnen derzeit große Sorgen mache, 71 Prozent, dass die Preissteigerungen ihnen große Sorgen bereiten, und 62 Prozent äußerten die Besorgnis, dass die Energieversorgung nicht gesichert sein könnte. In derselben Umfrage sagten 86 Prozent, sie fürchteten, dass es in den nächsten Jahren Schwierigkeiten bei der Energieversorgung geben werde; 2019 hatte der Wert noch bei 26 Prozent gelegen.

Die Sorgen der Bevölkerung wegen der stark gestiegenen Energiepreise sind nicht, wie es bei vielen anderen Meinungen zu politischen Fragen der Fall ist, allein oder weitaus überwiegend eine Reaktion auf die Berichterstattung der Medien, sondern auch die Folge täglicher eigener Erfahrung. Viele Deutsche spüren die Inflation ganz konkret im Alltag und reagieren darauf auch mit Verhaltensänderungen. Dies zeigen die Ergebnisse der aktuellen Allensbacher Umfrage im Auftrag der F.A.Z.

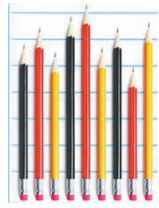
So antworteten auf die Frage „Soweit Sie das schon absehen können: Wie stark belasten Sie die gestiegenen Preise für Heizöl, beziehungsweise wie stark werden Sie diese gestiegenen Preise voraussichtlich belasten?“ 68 Prozent, dass sie die Preise sehr stark oder stark belasten würden. Dabei macht es keinen großen Unterschied, ob jemand eine Gas-, Öl- oder andere Heizung im Haushalt hat. Auch die Nutzer von Fernwärme meinten zu 68 Prozent, die Heizkosten würden sie sehr stark oder stark belasten, diejenigen, die mit Holz oder Holzpellets heizen, zu 62 Prozent. Die Preissteigerungen treffen also keineswegs nur die Verbraucher von Heizöl oder Gas.

Ähnlich stark wird die Belastung durch die gestiegenen Benzinpreise empfunden. 61 Prozent der Autofahrer beziehungsweise 51 Prozent aller Befragten gaben an, dass sie die hohen Preise für Benzin und Diesel sehr stark oder stark belasteten. Dies ist allerdings angesichts des derzeitigen Preisniveaus kein besonders hoher Wert. Im September 2021, als der Benzinpreis rund 50, der für Diesel etwa 60 Cent unter dem aktuellen Niveau lag, hatten bereits 47 Prozent und damit nur unwesentlich weniger Befragte als in der aktuellen Umfrage geklagt, dass sie die Kraftstoffpreise sehr stark oder stark belasteten. In früheren Phasen hoher Benzinpreise, etwa 2008 und 2010 bis 2012, waren die Anteile derjenigen, die diese Antworten gaben, mit zeitweise deutlich über 60 Prozent sogar noch höher als heute.

Dennoch bedeutet auch die aktuelle Hochpreisphase offensichtlich eine erhebliche Belastung, die für die Autofahrer kaum geringer ist als die finanzielle Last durch die Heizkosten. Vielfahrer, die 20 000 km und mehr im Jahr Auto fahren, sagten sogar zu 45 Prozent, dass sie durch die Benzinpreise sehr stark belastet seien, weitere 33 Prozent sprachen von einer starken Belastung.

Der Inflationsdruck sorgt dafür, dass die Menschen ihr Verhalten im Alltag an die neue Situation anpassen. 54 Prozent der Befragten achteten wegen der in der letzten Zeit gestiegenen Preise beim Einkaufen mehr als früher auf den Preis. 47 Prozent gaben an, sich beim Heizen zurückhalten und zu Hause die Temperatur niedriger einzustellen, als sie es früher getan hätten. 45 Prozent versuchten allgemein, sparsamer zu leben; immerhin 37 Prozent fahren nach eigenen Angaben weniger Auto. Dass sie trotz der Inflation ihr Konsumverhalten gar nicht geändert hätten, sagten lediglich 17 Prozent der Befragten.

In dieser Situation verändert sich der Blick der Bevölkerung auf das Thema Energieversorgung insgesamt. Bei einer



Preissteigerungen bereiten den Deutschen die größten Sorgen. Der Krieg schlägt sich im Geldbeutel nieder.

Von Thomas Petersen, Institut für Demoskopie Allensbach

Frage präsentierten die Interviewer verschiedene energiepolitische Ziele. Die Befragten wurden gebeten anzugeben, welche dieser Ziele sie für besonders wichtig hielten. Seit September 2021, als diese Frage zuletzt gestellt wurde, ist der Anteil derjenigen, die sagen, es sei besonders wichtig, dass die Energieversorgung möglichst unabhängig vom Ausland ist, von 51 auf 68 Prozent gestiegen.

Das Ziel, die Energiepreise niedrig zu halten, sodass Strom, Benzin und Heizung möglichst wenig kosten, hielten im Spätsommer 2021 noch 54 Prozent für besonders wichtig, nun sind es 64 Prozent. Die Zustimmung zur Forderung, die erneuerbaren Energien möglichst zügig auszubauen, ist in der gleichen Zeit von 65 auf 77 Prozent gestiegen. Dagegen nahm die Zahl derjenigen, die forderten, dass Deutschland möglichst schnell auf Kohle als Energiequelle verzichtet, von 34 auf 23 Prozent ab. Und der Idee, dass die Preise für diejenigen Energiearten höher sein sollten, die die Umwelt stärker belasten, stimmten in der aktuellen Umfrage nur noch 21 Prozent der Befragten zu. 2021 waren es 26 Prozent, 2014, als die Frage zum ersten Mal gestellt worden war, 39 Prozent.

Die aktuelle Diskussion um die Folgen eines möglichen Öl- und Gasembargos

gegenüber Russland dürfte wesentlich dazu beigetragen haben, dass die Bevölkerung das Thema Energieversorgung illusionsloser betrachtet als noch vor Kurzem. Eine Frage lautete: „Deutschland hat sich ja zum Ziel gesetzt, bis spätestens zum Jahr 2050 seine komplette Stromversorgung aus erneuerbaren Energien zu gewinnen. Glauben Sie, das kann gelingen, oder haben Sie da Zweifel?“ Obwohl, wie beschrieben, mehr als drei Viertel der Deutschen den zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien befürworten, antworteten auf diese Frage lediglich 26 Prozent, sie glaubten, es werde möglich sein, die Versorgung bis zum Jahr 2050 vollständig auf erneuerbare Energien umzustellen. Eine klare Mehrheit von 54 Prozent äußerte ausdrücklich Zweifel, ob dieses Ziel erreicht werden kann.

Sehr aufschlussreich ist auch, wie rasch sich in der aktuellen Situation die Einstellung der Bürger gegenüber der Atomenergie ändert. Schon in den vergangenen Jahrzehnten war die Gegnerschaft der Bevölkerung gegenüber der Kernenergie keineswegs so einhellig, wie man es angesichts Tonfalls in der öffentlichen Diskussion hätte vermuten können. Doch seit dem Ausstiegsbeschluss im Jahr 2011 schien das Thema auch für die meisten

erledigt zu sein. Noch im Februar dieses Jahres, unmittelbar vor dem Kriegsausbruch in der Ukraine, antwortete auf die Frage „Sollte man die Laufzeiten der Kernkraftwerke in Deutschland über 2022 hinaus verlängern, oder sollte man die letzten Kernkraftwerke dieses Jahr planmäßig abschalten?“ eine relative Mehrheit von 42 Prozent der Befragten, man sollte die Kraftwerke wie geplant abschalten. 35 Prozent sprachen sich für einen Weiterbetrieb aus. Nur einen Monat später, im März 2022, war der Anteil derjenigen, die sagten, man sollte die Kernkraftwerke über das Jahresende hinaus am Netz lassen, auf 57 Prozent gestiegen. Lediglich 25 Prozent befürworteten nun noch die pünktliche Abschaltung. Es ist offensichtlich für eine Mehrheit der Deutschen nicht verständlich, warum man in der derzeitigen Krisensituation auf Kraftwerke, die unabhängig von russischem Öl und Gas funktionieren, verzichten soll.

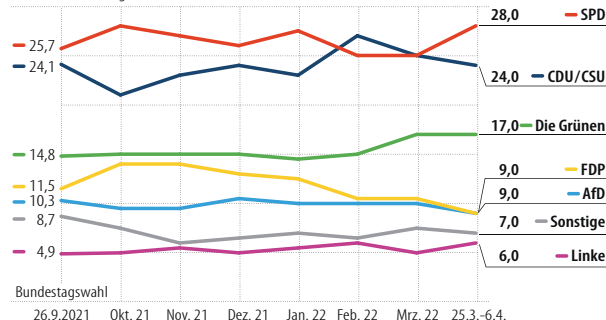
Ihrem überwiegend nüchtern-pragmatischen Blick auf die Probleme der Energieversorgung entsprechend, betrachtet die Mehrheit auch die Forderung nach einem vollständigen Energieembargo gegenüber Russland skeptisch. In einer Frage wurden zwei Argumente gegeneinander gestellt. Das erste lautete: „Ich finde, Deutschland sollte den Kauf von Öl und Gas aus Russland sofort stoppen. Es kann nicht sein, dass Deutschland diese Rohstoffe aus Russland weiterhin bezieht und damit den russischen Staat und indirekt auch den Krieg gegen die Ukraine mitfinanziert.“ In der Gegenposition hieß es: „Natürlich ist es problematisch, dass Deutschland weiter Öl und Gas aus Russland bezieht. Allerdings können wir die Energieversorgung aus Russland kurzfristig nicht ersetzen, ohne dass es bei uns zu Engpässen oder zu weiteren Preissteigerungen kommt. Im Moment müssen wir also weiter Öl und Gas aus Russland kaufen.“ Die Befragten wurden gebeten anzugeben, welchem der beiden Argumente sie eher zustimmen. Lediglich 30 Prozent entschieden sich daraufhin für die erste, 57 Prozent dagegen für die zweite Position. Sie dokumentieren damit, dass sie, anders als in der Frage des Weiterbetriebs der verbliebenen Atomkraftwerke, in diesem Punkt mit dem Kurs der Bundesregierung übereinstimmen.

Dieser Befund ist insofern bemerkenswert, als die Empörung der Bevölkerung über den Überfall Russlands auf die Ukraine sehr groß ist. Bereits vor Kriegsausbruch hatte nur eine kleine Minderheit Verständnis für die russische Position gezeigt. Nach dem Einmarsch im März fühlten sich rund drei Viertel der Befragten durch das russische Verhalten bedroht. Auch die Wirtschaftssanktionen werden von der Bevölkerung grundsätzlich mitgetragen. Doch die Sorge um die Stabilität der Energieversorgung und vermutlich nicht zuletzt die tägliche Erfahrung, dass sich der Krieg in der Ukraine auch bereits jetzt deutlich im eigenen Geldbeutel niederschlägt, hindert die Mehrheit anscheinend daran, bei der Frage, ob man auch weiterhin Öl und Gas aus Russland importieren sollte, eine rigorose Haltung einzunehmen.

Plakativ lässt sich dies illustrieren an den Antworten auf eine Frage, die einen Satz des früheren Bundespräsidenten Joachim Gauck aufgriff. Gauck hatte im März in einer Fernseh-Talkshow die These vertreten, dass es den Bürgern in der gegenwärtigen Krise zugemutet werden könne, ein wenig auf eigenen Wohlstand zu verzichten, wenn dies dem Ziel dient, die russische Aggression einzudämmen, was er in dem Satz „Wir können auch mal frieren für die Freiheit“ zusammengefasst hat. Doch die Bevölkerung folgt dem früheren Bundespräsidenten in diesem Punkt nicht. Lediglich 24 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu, 59 Prozent widersprachen. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung ist zwar bereit, die Heizung etwas herunterzudrehen, um Kosten zu sparen. Doch für die Freiheit zu frieren, geht den meisten dann doch zu weit.

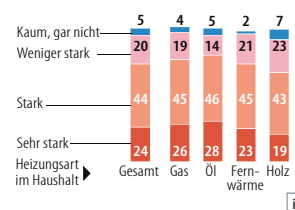
Die Stärke der Parteien

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)

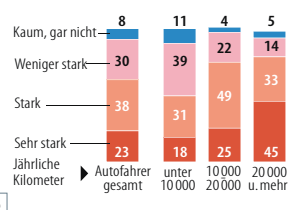


Inflation in Deutschland

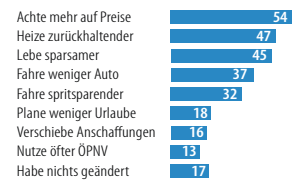
Belasten Sie die gestiegenen Heizkosten?



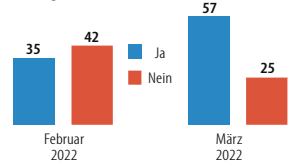
Belasten Sie die höheren Kraftstoffpreise?



Wie reagieren Sie auf gestiegene Preise?



Soll man die Laufzeit der Kernkraftwerke verlängern?



Mehrfachnennungen möglich. Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach/F.A.Z. - Grafik Niebel